

Newsletter Landtag-Heidekreis



Gudrun Pieper MdL

Niedersachsen geht voran!



ANPASSUNG AN FÖRDERABGABE NOTWENDIG – SCHADEN VOM LAND NIEDERSACHSEN ABWENDEN

Anders als die Grünen behaupten und in ihrer Kampagne propagieren, geht es bei der Senkung der Förderabgabe nicht um einen Rabatt für die Industrie, sondern es geht ausschließlich darum, Schaden vom Land Niedersachsen, von den Steuerzahlern und Kommunen abzuwenden. Unser stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Ulf Thiele machte in der aktuellen Stunde in seiner Rede deutlich, dass es hier um eine komplexe Rechtslage geht und die Anpassung der Förderabgabe nach Bundesbergrecht erfolgen muss.

So führte er aus, dass „mit Blick auf eine richtungsweisende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, wir davon ausgehen müssen, dass die Abgabenbescheide dieser und der vergangenen zwei Legislaturperioden rechtswidrig gewesen sein können.“ Daher ist es aus Verantwortung richtig, einen Vergleich zu verhandeln und damit eine drohende Milliarden-Zahlung des Landes an die Förderindustrie abzuwenden, Geld, das uns dann in den kommenden Jahren in den Haushalten fehlen würde.

„Mit ihrer Rhetorik und ihrer aktuellen Kampagne gegen den verhandelten Vergleich versuchen insbesondere die Grünen um den ehemaligen Minister Wenzel von ihrer Mitverantwortung aus der vergangenen Legislaturperiode von den jetzigen Klagerisiken abzulenken. Ihr Verhalten ist beschämend“, so Ulf Thiele in der Debatte.

Um es deutlich zu sagen: Bei dem Vergleich zwischen der Landesregierung und den Unternehmen geht es nicht um Fragen des Klima- oder des Umweltschutzes, denn das Land Niedersachsen strebt eine rasche Energiewende an! Dies macht nicht nur die vom Landtag kürzlich verabschiedete Anpassung der Verfassung des Landes Niedersachsen zum Staatsziel Klimaschutz, sondern auch das Niedersächsische Klimagesetz, deutlich. Die Umstellung auf erneuerbare Energien erfordert allerdings deren Ausbau und damit eine Übergangsphase, die noch andauern wird. Während dieser werden Erdöl und vor allem Erdgas weiterhin benötigt, um eine sichere, unterbrechungsfreie Versorgung mit Energie gewährleisten und den Bedarf decken zu können. Das gehört zur Wahrheit und Klarheit.

Wir verfolgen konsequent unsere eigenen Klimaschutzziele. Die Zielverwirklichung soll dabei in sozial, ökonomisch und ökologisch verträglicher Weise erfolgen, was die Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen voraussetzt. Deswegen haben wir auch haushaltswirksam eine Milliarde Euro für den Klimaschutz bereitgestellt. Davon konnten die Grünen in ihrer Regierungszeit nur träumen.

Abschließend: Wegen des Vergleichs wird in Niedersachsen kein Barrel Öl und kein Kubikmeter Gas mehr verbraucht oder mehr gefördert. Im Gegenteil: Die aktuellen Zahlen belegen, dass ein Sinken der Fördermengen fossiler Brennstoffe Jahr für Jahr zu verzeichnen ist. Fakt ist auch, dass in der jüngeren Vergangenheit Gerichtsentscheidungen ergangen sind, nach welchen die bisherige Festlegung der Höhe der Förderabgabe – nicht nur in Niedersachsen – fehlerhaft gewesen sein dürften. Es liegen bereits Klagen der Industrie vor, weitere könnten folgen, und alle hätten, nach rechtlicher Bewertung, eine hohe Aussicht auf Erfolg.

Deshalb war es der Landesregierung ein Anliegen, diese drohenden rechtlichen Risiken mit der Folge erheblicher Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe abzuwenden. Damit werden im Ergebnis Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit behoben. Anstatt große Summen als Schadensersatz an die Erdöl- und Erdgasindustrie zahlen zu müssen, bleibt dem Land dieses Geld für wichtige Maßnahmen erhalten.

IN DIESER AUSGABE

1. Senkung der Förderabgabe
2. Aus dem Europaausschuss
3. Aus dem Plenum I
4. Aus dem Plenum II

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

Corona-Pandemie ist das Wort des Jahres 2020. Mit Recht, denn kein anderes Thema hat das Jahr so bestimmt wie Corona. Und es ist leider noch nicht vorbei. Der Januar begann wie der Dezember endete: mit einem Sonderplenum zur aktuellen Corona-Pandemie. Zentrales Thema war natürlich die Bekämpfung mit ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen. Mit unserem Antrag „Flächendeckende Informationskampagne zur Corona-Schutzimpfung erforderlich“ wollen wir eine hohe Impfbereitschaft in der Bevölkerung erreichen und über die verschiedenen Impfstoffe, Risiken und Abläufe aufklären. Die reguläre Plenarsitzung am Mittwoch begann dann mit einem weiteren wichtigen Thema, dass wir trotz der aktuellen Situation nie außer Acht lassen dürfen: einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus, anlässlich des 76. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz. Das vergangene Jahr war voller Belastungen. Ich hoffe aber, dass wir 2021 nun mit umso mehr Hoffnung angehen, damit es für uns ein gutes wird.

Herzlichst Ihre

Gudrun Pieper





EP FORDERT MEHR KLARHEIT UND TRANSPARENZ

Am 12.01. befragten die Mitglieder des Unterausschusses des Europäischen Parlaments (EP) die federführende Verhandlungsführerin der EU-Kommission, Sandra Gallina, zu den COVID-19-Impfverträgen der EU, unter anderem zu bereits abgeschlossenen Verträgen, mangelnder Transparenz, der Zulassung von Impfstoffen gegen COVID-19 und ihrer Verfügbarkeit.

Die Abgeordneten forderten mehr Klarheit und Transparenz bezüglich der Impfstoffverträge sowie des Entscheidungsprozesses auf EU-Ebene. Mangelnde Transparenz führe zu Unsicherheit und begünstige Desinformation über die COVID-19-Impfung in Europa, kritisierten die Europaabgeordneten. Sie begrüßten die Bereitschaft der Europäischen Kommission, verfügbare Informationen zu teilen, räumten aber auch ein, dass einige Fragen nicht von der Kommission, sondern besser von den EU-Mitgliedstaaten und den Pharmaunternehmen beantwortet werden könnten (siehe Astra-Zeneca). Viele Fragen betrafen mögliche zusätzliche nationale oder bilaterale Verträge. Die Kommission bestätigte, dass sie keine Kenntnis von solchen angeblichen Verträgen habe. Dank der Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung bei medizinischen Gegenmaßnahmen, hat die EU Vorrang bei der Lieferung von Impfstoffen, die dann anteilig an die Mitgliedstaaten verteilt werden. Auf Nachfrage der Abgeordneten stellte die Kommission folgende Informationen zu einer Reihe weiterer spezifischer Fragen zur Verfügung:



- ✚ Es wird ein Lesesaal für Abgeordnete zur Verfügung gestellt, die Impfstoff-Verträge einsehen wollen. Ein Vertrag ist derzeit verfügbar (CureVac), weitere können erst nach der Zustimmung der Pharmaunternehmen freigegeben werden.
- ✚ Die Europäische Arzneimittel-Agentur hat am 12.01. den Antrag für den Impfstoff von AstraZeneca erhalten. Die bedingte Marktzulassung wird für Ende Januar erwartet. Die Diskussionen der Lieferungen sind noch nicht beendet.
- ✚ Die größten Mengen an Impfstoffen werden für das zweite Quartal 2021 erwartet, wie bereits in den bestehenden Verträgen vereinbart. Spezifische Pläne für den Einsatz, einschließlich vorrangiger Gruppen für die Impfung, werden von jedem Mitgliedstaat erstellt. Wir halten uns in Niedersachsen an die Empfehlungen der ‚Ständigen Impfkommision‘ (STIKO).
- ✚ Seit dem 18.01. steht eine spezielle Plattform zur Verfügung, auf der die Mitgliedstaaten zweimal pro Woche die Anzahl der erhaltenen und verwendeten Impfstoffe melden können.

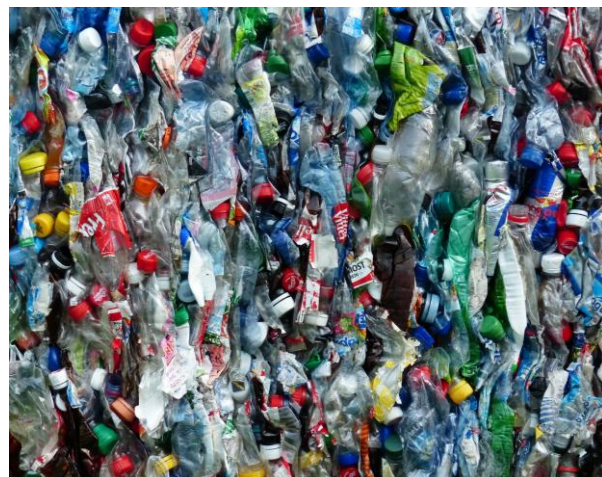
EINFÜHRUNG EINER PLASTIKABGABE AB 2021

Mit dem Eigenmittelbeschluss der EU vom 14.12. wurde ab 2021 eine neue Eigenmittelkategorie, die sog. Plastikabgabe, eingeführt. Der Beschluss tritt in Kraft, wenn er in allen Mitgliedstaaten entsprechend den jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorgaben ratifiziert wurde.

Die Abgabe wird auf der Grundlage eines nationalen Beitrags, der proportional zum Gewicht der im jeweiligen Mitgliedstaat angefallenen, nicht-recyclten Verpackungsabfälle aus Kunststoff ist, berechnet. Auf diese Weise soll der EU-Haushalt dazu beitragen, einen Anreiz zur Verringerung des Verbrauchs von Einwegkunststoffen, zur Förderung des Recyclings und zur Unterstützung der Kreislaufwirtschaft zu schaffen.

Da das derzeitige Eigenmittelsystem auch die Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zwischen den Beiträgen der Mitgliedstaaten bewirken soll, sind in einer Übergangsphase bis Ende 2025 für Dänemark, Deutschland, Österreich, die Niederlande und Schweden vorübergehend Korrekturen in Form von pauschalen Ermäßigungen ihrer, auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens zu leistenden Beiträge, vorgesehen.

Für die Erhebung der Abgabe sind die Mitgliedstaaten verantwortlich. Ihnen obliegt es zu entscheiden, wie die Maßnahme finanziert wird. Wir werden uns weiterhin mit dem Thema befassen.



NIEDERSACHSEN FÜR FOLGEN DES KLIMAWANDELS WAPPEN – KOALITION BRINGT EFFIZIENTES WASSERMANAGEMENT AUF DEN WEG

Versorgungssicherheit in Dürrezeiten, Sicherung der Wasserqualität und Hochwasserschutz: Mit großer Mehrheit hat der Landtag den gemeinsam mit zahlreichen Fachverbänden und Experten erarbeiteten Maßnahmenkatalog zur Anpassung des Wassermanagements auf den Klimawandel verabschiedet. In unserem Antrag sehen wir unter anderem vor, den mengenmäßigen Zustand des Grundwassers zu verbessern und gleichzeitig den Hochwasserschutz sicherzustellen. Dazu sollen Maßnahmen gefördert werden, die der Grundwasserneubildung durch gezielten Wasserrückhaltung im Binnenland nützen. Hierzu gehört, den Wasserabfluss im Binnenland periodisch zu verlangsamen und die Förderung neuer technischer Speicheranlagen zu prüfen. „Nach dem Niedersächsischen Weg und dem ersten Landesklimaschutzgesetz in Deutschland ist die Reform des Wassermanagements ein dritter großer Baustein unserer nachhaltigen Umweltpolitik“, sagte unser CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Frank Schmädeke während der Debatte.

„Niedersachsen hat kein Mengenproblem, sondern ein Problem mit der räumlichen und auch zeitlichen Verteilung der Niederschläge. Es ist zu befürchten, dass die Auswirkungen des Klimawandels diesen Effekt verschärfen und damit zu weiteren regionalen Engpässen von Trink- und Brauchwasser führen“, so Schmädeke weiter. „Ein effizientes Wassermengen-Management soll uns dabei helfen, diese Entwicklung zu entschärfen und Engpässe sowohl bei der öffentlichen Wasserversorgung als auch bei Industrie und Landwirtschaft zu vermeiden. Unser Ziel ist, mit einer nachhaltigen Strategie Wasser an jedem Ort in Niedersachsen zu schützen sowie in ausreichender Menge und in einwandfreier Qualität zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.“

Auch auf der Verbraucherseite wird man agieren: „Wir wollen die Gründung von Beregnungsverbänden unterstützen und wassersparende Beregnungstechniken fördern, zum Beispiel durch eine entsprechende Agrarförderprogramme. Insgesamt soll die Entnahme von Wasser intensiver überwacht und besser gesteuert werden“, so Schmädeke abschließend.

ES GIBT KEINEN GUTEN EXTREMISMUS – JEDE EXTREMISTISCHE STRAFTAT MUSS MIT ALLER HÄRTE UND KONSEQUENZ VERFOLGT WERDEN!

„Von allen Formen des gewaltbereiten Extremismus gehen erstzunehmende Gefahren aus. Auch Linksextremisten sind zu allem entschlossen und schrecken vor Gewalt gegen Sachen und Menschen nicht zurück“, so unser stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann in der aktuellen Stunde der CDU-Fraktion zum Thema Linksextremismus. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt eine deutliche Radikalisierung in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene fest. Schwere Körperverletzungen der Opfer bis hin zum möglichen Tod werden billigend in Kauf genommen, heißt es wörtlich in dem Bericht.

„Jede extremistische Straftat muss mit aller Härte und Konsequenz verfolgt werden. Es darf keine Priorisierung bei den Strafverfolgungsbehörden aufgrund von Personalmangel geben“, so Schünemann weiter. Daher ist eine personelle Verstärkung des Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes zwingend erforderlich und ausverhandelte neue Überwachungsbefugnisse müssen unverzüglich umgesetzt werden. Es darf aber auch keine Priorisierung bei der Intervention und Prävention geben. Unsere Justizministerin Barbara Havliza hat von Anfang an alle Formen des Extremismus in den Blick genommen hat und die Arbeit des Landespräventionsrates entsprechend breit aufgestellt hat, was wir sehr begrüßen.

„Jedem muss immer klar sein: Es gibt keinen guten Extremismus. In unserem Rechtsstaat gibt es keine Legitimation von Gewalt von Bürgerinnen und Bürger egal gegen wen sie gerichtet ist“, so Schünemann. Deutschland ist ein Rechtsstaat, das Gewaltmonopol liegt beim Staat, unser Land ist aber auch eine streitbare wehrhafte Demokratie, und das sollten wir alle mit vereinten Kräften unterstützen.

„Über allem steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Botschaft sollten wir unseren Kindern zu jederzeit, an jedem Ort und in nicht zu übertreffender Klarheit vermitteln“, so Schünemann abschließend.



KOALITION WILL DEZENTRALE SCHLACHTUNG UND REGIONALE FLEISCHVERMARKTUNG FÖRDERN – STRESSFREIE SCHLACHTUNG IM HALTUNGSBETRIEB ERMÖGLICHEN

Vor dem Hintergrund zahlreich bekannt gewordener Verstöße gegen tierschutz- und arbeitsrechtliche Auflagen in industriellen Schlachthöfen wollen wir als Regierungskoalition die Rahmenbedingungen für das dezentrale und stressfreie Schlachten im eigenen Haltungsbetrieb schaffen. In unserem Antrag sehen wir unter anderem vor, dezentrale und mobile Schlachtstätten sowie die regionale Vermarktung des Fleisches finanziell zu fördern, die Reaktivierung handwerklicher Schlachtbetriebe zu unterstützen und deren Wettbewerbsnachteile gegenüber industriellen Schlachthöfen auszugleichen. Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für Erweiterungen, Änderungen und Ausnahmen einzusetzen, die einer dezentralen und stressreduzierten Schlachtung derzeit noch im Wege stehen.



„Mit dem jetzt vorgelegten Antrag werden wir dem gesellschaftlichen Wunsch nach Veränderungen in der Fleischbranche gerecht und reagieren auch auf die immer wieder geäußerte Kritik von alteingesessenen, handwerklichen Schlachtern an der oft ungerechtfertigt hohen Gebühren- und Auflagenbelastung“, sagte unser CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Eilers während der Einbringung des Antrages. „Wir werden mit unseren Maßnahmen keinen Systemwechsel herbeiführen können, dafür sind die Industriebetriebe zu groß. **Was uns aber gelingen kann, ist, die regionale Wertschöpfung zu fördern, Handwerksbetriebe zu erhalten und das Tierwohl dabei deutlich zu verbessern.**“

Eine Dezentralisierung der Schlachtung muss dabei einhergehen mit einer regionalen Vermarktungsstruktur, so Eilers abschließend. Nur so könnten die für die Wirtschaftlichkeit erforderlichen Erlöse erwirtschaftet werden. „Schlussendlich müssen wir als Verbraucher vor Ort den oft gemachten Worten dann Taten folgen lassen und durch den Kauf regionaler Produkte die Sache rund machen.“ So unterstützen wir auch unsere Betriebe im ländlichen Raum. Die Beratungen im Fachausschuss werden weitere Erkenntnisse hierzu bringen.



Gudrun Pieper MdL | Hauptstraße 9 | 29690 Schwarmstedt

Website:

Kontakt:

E-Mail-Adresse: